

Dr. Michael Wolf, 17.03.2023

Bericht zur Lage

Sehr geehrter Herr Bischof Dr. Jung,
liebe Mitglieder und Gäste des Diözesanrats!

Es scheint, es gibt aktuell überall Streit – egal wohin man schaut. Die Bischöfe sind uneins, das ZdK liegt über Kreuz mit dem Vatikan und unsere Regierung streitet – nicht nur mit der Opposition, sondern auch untereinander. Ich möchte aber erst einmal meine Aufmerksamkeit auf die Zivilgesellschaft richten, bevor ich mich dem kirchlichen Bereich zuwende.

Die Regierung ist uneins über zwei wichtige Themen: Kinder-Grundsicherung und Umwelt auf die ich kurz eingehen möchte.

Deutschland hat das viertgrößte Bruttoinlandsprodukt der Welt. Es steht also an 4. Stelle, vergleicht man den Wert aller im Land erzeugten Produkte und Dienstleistungen zwischen den Ländern dieser Erde. Und das bei gerade mal 83 Millionen Einwohnern. Wir leben scheinbar in einer Gesellschaft des Überflusses. Viele von uns haben deutlich mehr als sie brauchen – und das auf einem hohen Niveau. Wer in Deutschland geboren wird, muss sich um seine Zukunft keine Gedanken machen – denkt man.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband hat nun eine Studie veröffentlicht, nach der die Armutsquote in Deutschland 2021 bei 16,9% lag, also jeder 6. ist „arm“, sein Verdienst liegt unter der Armutsgrenze. Eigentlich eine unglaubliche Zahl.

Bei Kindern ist das Armutsrisiko noch höher, die Quote liegt bei 21,3%. Etwas mehr als jedes 5. Kind lebt in Armut. Studien anderer Institute kommen zu einem sehr ähnlichen Ergebnis, also einfach die Augen zu schließen und zu sagen, die Studien seien politisch gefärbt, wird nicht funktionieren. Wir stehen hier Auge in Auge mit der Realität. Und die aktuelle wirtschaftliche Situation, mit den durch die Inflation steigenden Preisen, verschärft das Problem noch weiter, da die Kaufkraft zurück geht. Das betrifft die, bei denen das Geld gerade zum Leben reicht natürlich stärker als die, die zu den sogenannten „Gutverdienern“ zählen.

Die Diskussion geht nun schon seit vielen Jahren, ob und wie man insbesondere die Kinder unterstützen, wie man sie aus der Armutsfalle herausholen und ihnen eine gute Zukunft ermöglichen kann. In kaum einem anderen Europäischen Land sind die Zukunftsaussichten so mit dem Bildungsniveau und der sozialen Stellung der Eltern verknüpft wie bei uns.

Wenn wir Armut erkennen, dann sind wir meiner Meinung nach dazu verpflichtet, etwas Wirksames dagegen zu unternehmen. Das ist ein ethischer Anspruch, der nicht nur an die Christen, sondern an alle gerichtet ist – an jeden von uns und natürlich auch an die Politiker, ob sie beim Amtseid nun die Endung „so wahr mir Gott helfe“ verwendet haben oder nicht.

Wenn ich mich nicht aus christlicher Nächstenliebe den Ärmern der Gesellschaft zuwenden will, dann vielleicht wenigstens aufgrund handfester wirtschaftlicher Gründe. Ich könnte

zynisch sein und sagen, dass jedes Kind, das aus der Armutsfalle ausbricht, in Zukunft substanziell mehr Steuern und Sozialabgaben zahlen wird, von denen wir alle profitieren.

Chancengleichheit wie man sie sich wünscht, wird es nicht geben, dazu sind wir als Individuen zu unterschiedlich. Aber jedes Kind wird mit einem Rucksack an der Startlinie seines Lebens stehen. Es ist unser aller Aufgabe, aber insbesondere die Aufgabe der Politik, dafür zu sorgen, dass dieser Rucksack alles das enthält, was das Kind brauchen wird. Und vielleicht müssen wir zusätzlich noch am Wegesrand stehen, um den Rucksack auf dem Lebensweg auch noch einmal aufzufüllen. Dafür müssen die benötigten Mittel zur Verfügung stehen. Dies ist meine klare Forderung an die Politik.

Wir müssen aber auch dafür sorgen, dass wir den Kindern eine lebenswerte Welt hinterlassen. Der Klimawandel ist in vollem Gange und wir hier in Deutschland erleben langsam aber sicher dessen Auswirkungen.

In diesem Winter haben viele von uns – vielleicht auch etwas unfreiwillig – Energie eingespart und in einer vergleichsweise kalten Wohnung gelebt, unsere Kirchen blieben oft bitterkalt: Der Ukraine-Krieg, die ausbleibenden Erdgaslieferungen und die rasant gestiegenen Energiepreise haben dies notwendig gemacht. Damit haben wir geschafft – was wahrscheinlich niemand für wirklich möglich gehalten hat – trotz ausbleibender Gasimporte aus Russland gut durch den Winter zu kommen. Wir haben unsere Geldbeutel entlastet und es damit dem Russischen Präsidenten schwerer gemacht, seinen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg in der Ukraine zu führen. Gleichzeitig haben wir gezeigt: Energiesparen geht.

Energiesparen ist die Gretchenfrage in der Klimapolitik. Unser Energiebedarf ist trotz der großen Einsparungen beim Gasverbrauch noch immer immens hoch. Und das Ausweichen auf Kohle bei der Stromproduktion ist dem Ziel, den Klimawandel zu bekämpfen, nicht zuträglich.

Das Ziel, den Anstieg der Durchschnittstemperatur auf 1,5° zu beschränken, haben wir wohl verpasst. Die Nachrichten in dieser Woche berichten zwar von gesunkenen CO₂ Emissionen, aber eben nicht genug, um unsere Ziele zu erreichen. Gebäude und Verkehr sind die beiden Gebiete auf denen sozialverträglich, aber effektiv der Energiebedarf reduziert werden muss.

Dabei dürfen wir die wirtschaftlich Benachteiligten nicht aus den Augen verlieren: Die steigenden Energiekosten stellen einen Teil der Bevölkerung vor die Wahl entweder eine warme Wohnung oder aber einen vollen Magen zu haben.

Die Idee der Regierung, CO₂ reduzierende Heizungen vorzuschreiben ist richtig. Aber wenn ich dies verordne, dann muss ich auch dafür sorgen, dass die notwendigen Heizungssysteme verfügbar und bezahlbar sind. Das ist aktuell leider nicht der Fall. Fällt heute eine alte Ölheizung aus und entscheide ich mich eine Wärmepumpe einzusetzen, so werde ich vermutlich bis ins nächste Jahr hinein kalt duschen müssen. Verstehen Sie mich bitte richtig: Der Austausch von Heizungen durch umweltfreundlichere Systeme und die zusätzliche Dämmung von älteren Gebäuden ist das Gebot der Stunde. Mein Appell an die Regierungen im Land und im Bund ist, dass Möglichkeiten und Geld gefunden werden, dies sozialverträglich zu gestalten. Luxussanierungen sind nicht das Ziel, die Rahmenbedingungen für eine bezahlbare Renovierung ist notwendig. Wir brauchen den Wohnraum und gleichzeitig müssen wir

deren Energieverbrauch reduzieren. Dabei muss jeder nach seinen Möglichkeiten zu diesem Wandel beitragen.

Und wenn dann noch die Regierungsfractionen untereinander streiten, ob denn Autobahnen wichtiger sind als Investitionen in die Schiene, ob Elektromobilität der Vorzug vor sündhaft teuren E-Fuels gegeben werden soll oder ob Gelder für ein Klimaschutzsofortprogramm zur Verfügung gestellt werden, dann muss man wohl sagen, dass da einige Minister das Problem, vor dem wir stehen, nicht wirklich durchdrungen haben. Wir brauchen eine Strategie zum umfassenden Umweltschutz, der auch die Bedürfnisse unserer heutigen Welt berücksichtigt. Auf dieser Basis müssen Schwerpunkte gesetzt und notwendige Maßnahmen eingeleitet werden und Einsparungen an anderen Stellen gemacht werden. Eine Strategie und deren Umsetzung ist das Gebot der Stunde.

Strategie – das ist das Buzz-Word. Das gibt mir die Möglichkeit mich kirchlichen Fragen zuzuwenden, auch wenn im zivilgesellschaftlichen und politischen Bereich noch viel zu sagen wäre.

Wir sind aktuell im Prozess eine Strategie für die Diözese Würzburg zu erarbeiten und haben einen ersten Zwischenschritt erreicht. Die Strategie definiert Leitlinien, die in das operative Tagesgeschäft unserer Diözese hineinwirken und uns alle betreffen werden. Es gilt also für uns alle: Beteiligen Sie sich am Prozess. Im MIT sind alle notwendigen Informationen verfügbar.

Diese gemeinsam erarbeitete Strategie wird, so hoffe ich, transparent machen, wofür die Diözese Würzburg steht, wie sie die Aufgaben der Zukunft bewältigen will und wo ihre Schwerpunkte liegen werden. Sicherlich wird es bei der Umsetzung der Ziele sowohl lachende als auch weinende Gesichter geben. Wir werden einige Dinge in Zukunft vielleicht nicht mehr abdecken können, die mir persönlich wichtig wären, dafür andere verstärkt angehen. Aber genau dafür ist eine Strategie da. Sie ist eine Richtschnur für gemeinsames, zielgerichtetes Handeln.

Zudem spannt die Strategie das Feld auf, auf dem wir unseren Weg in die Zukunft suchen können und minimiert Streuverluste. Damit wird es den Pastoralen Räumen, den Pfarreiengemeinschaften und den Pfarreien ermöglicht, auf diesem Spielfeld ihren ureigensten Weg zu suchen und zu gehen. Ich denke, den Schwerpunkt auf die Fläche der Diözese zu legen, ist eine richtige und wichtige Vorgabe aus den Strategischen Zielen.

Das ist auch notwendig, da sich die „versorgte Kirche“ mehr und mehr in eine „sorgende, eigenverantwortliche Kirche“ wandeln muss. Und dies geschieht nicht im Bischöflichen Ordinariat in Würzburg, das geschieht vor Ort bei Ihnen zuhause.

Die Strategie ist natürlich nur ein Baustein auf dem Weg in die Zukunft. Aus der Strategie müssen Vorgaben und operative Maßnahmen abgeleitet werden. Das geschieht aktuell in den Hauptabteilungen und wird in einem ersten Schritt bis zum Diözesanforum abgeschlossen sein. Dort werden sie vorgestellt und gemeinsam diskutiert. Das Ergebnis dieser Diskussion wird dann Entscheidungsgrundlage für die Frage, ob der Prozess in eine weitere Überarbeitungsrunde gehen muss oder nicht. In jedem Fall werden die strategischen Ziele periodisch überarbeitet und an die Notwendigkeiten und die Realität angepasst werden.

Wir werden „Standards“ benötigen, um bei einer weniger zentral arbeitenden Diözese auch Gemeinsamkeiten und Zusammenarbeitsfähigkeit auf allen Ebenen sicherzustellen. Das geschieht gerade im Rahmen des Projekts „Gemeinsam Kirche sein“ und ich bin gespannt, was insbesondere das Thema der „Pastoralen Standards“ bringen wird. Hier werden wir hoffentlich in die Lage versetzt, verpflichtende Minimalstandards in Händen zu halten, deren Umsetzung wir einfordern können.

Dabei muss klar sein, dass die Existenz von Papieren noch lange keine Umsetzung ist. Hier sind wir alle gefragt Hand anzulegen. Vielleicht wird es in einigen Räumen Probleme mit der Umsetzung geben – das ist nur menschlich. Die katholische Kirche hat nicht unbedingt den Ruf sehr flexibel zu sein. Man sieht uns eher konservativ, strukturerhaltend. Dabei hat schon Augustinus im 5. Jahrhundert festgehalten, dass die Kirche sich in einem ständigen Umgestaltungsprozess befinden muss: „Ecclesia semper reformanda“. In jedem Fall muss die Umsetzung verfolgt werden und bei Untätigkeit oder Zurückbleiben auf dem Weg erwarte ich, Hilfe zur Umsetzung.

Was mir Hoffnung gibt: Wir haben in den letzten 2000 Jahren immer wieder eine sich erneuernde Kirche gesehen. Schaut man zurück auf die Kirchengeschichte, kann einem der Mund vor Staunen offen stehen bleiben, was in der Vergangenheit bereits Usus war und sich im Lauf der Jahrhunderte verloren hat. Und was uns heute als „unveränderbar“ dargestellt wird, war nicht immer so.

Das gibt mir Mut. Auch für den Synodalen Weg, dessen 5. Synodalversammlung gerade zu Ende gegangen ist. Er hat aufgrund des unsagbaren Missbrauchs im angeblich so geschützten Raum der Kirche begonnen. Ich glaube, dass dort die wesentlichen Fragen gestellt wurden, die die Kirche in die Zukunft bringen werden, nicht nur hier in Deutschland. Auch wenn sie dem einen oder anderen nicht gefallen. Ein Unternehmen in der Krise muss sich auch auf seine Kernkompetenzen besinnen und mit einem „haben wir schon immer / oder seit 100 Jahren so gemacht“ ist es nicht getan.

Am Gegenwind aus Rom kann man deutlich sehen, dass – ganz im strukturerhaltenden Sinn – oft keine wirkliche Veränderung gewünscht wird. Die Weltsynode, die parallel dazu läuft zeigt, dass der Vatikan schon erkannt hat, dass ihm da möglicherweise schon wieder Ungemach aus Deutschland droht und man dieses soweit möglich abwenden will. Man könnte auch sagen, dem deutschen Prozess den Wind aus den Segeln zu nehmen und Herr des Prozesses zu bleiben.

Dabei droht der Synodale Weg nicht, er zeigt auf, was unsere Kirche heute braucht und was die Mehrzahl der engagierten Christen dort denkt. Aber er ist nicht eine Veranstaltung der Eliten. Ansonsten könnte ich auch sagen, dass der Vatikan nur eine Elite darstellt, die wenig mit der kirchlichen Basis gemeinsam hat. Alles studierte Theologen, nicht wenige Professoren. Lassen wir die gegenseitige Polemik: so wie sich die Kirche im 4. Jahrhundert in die römische Gesellschaft und Politik integriert hat und dabei Anpassungen durchlaufen hat, muss auch heute die notwendige Flexibilität herrschen.

Auch unser Selbstverständnis ist heute ein anderes als früher. Die Gesellschaft ist emanzipierter als noch vor 100 Jahren. Dass diese Hinwendung zur Demokratie damals schon ein Problem für die Kirche war, sieht man am Christkönigsfest – es erinnert an die Königswürde Christi und diente als Kontrapunkt zur Demokratisierung. Aber: Heute sind Monarchien nur noch Aushängeschilder – zumindest in den für uns relevanten Staaten Europas. Ihre Macht ist dahin, sie dienen rein als zeremoniale Oberhäupter ihrer Staaten. Wir finden Königshäuser mit echter Macht nur noch in wenigen Ländern und ich bin der Meinung, auch für sie ist es nur noch eine Frage der Zeit, wie lange sie noch ungestört regieren können.

Kardinal Ouellet kritisiert am Synodalen Weg und ich zitiere hier katholisch.de: *„die Meinung der Laien mit der der Bischöfe in demokratisch getroffenen Entscheidungen gleichzusetzen‘, so der Kanadier. Dies entspreche nicht der katholischen Lehre über die Kirche.“* Aber ich denke, das entspricht dem Denken der Christen hier in Deutschland. Das heißt nicht, dass wir nicht einen Bischof an der Spitze unserer Ortskirchen haben, dem auch Entscheidungsgewalt zukommt. Wir brauchen eine klare Führung. Aber: Wie die Entscheidungen zustande kommen, das ist die Frage. Wer wem für seine Entscheidungen Rechenschaftspflichtig ist, ist die Frage.

Und wenn wir wollen, dass die Kirche in Deutschland nicht zu einem Flickenteppich wird, dann müssen sich auch die Bischöfe untereinander einigen. Es kann nicht sein, dass eine kleine Gruppe Entscheidungen nur dann akzeptiert, wenn diese ihrer Meinung entsprechen. Ich bin mir sicher, dass wir gemeinsam mehr erreichen können als jede Diözese einzeln.

Und dann, dann müssen wir etwas mehr Geschick mit den Gesprächen mit dem Vatikan an den Tag legen. Wir Deutschen sind leider oft stur. Wenn wir als Laien nicht durch die Vordertüre hineinkommen, dann lasst uns den Hintereingang nehmen. Wenn die Chefetage nicht gesprächsbereit ist, dann lasst uns mit den darunter angesiedelten Verantwortlichen in den Dialog kommen. Ich bin mir sicher, dass viele Entscheidungen nicht auf oberster Ebene getroffen werden. Die Chefs in Rom sind wahrscheinlich auch nicht über alle Details in der Causa Synodaler Weg informiert. Die unterlagerten Ebenen geben ihre Einschätzungen und beschreiben die Risiken aus ihrer – konservativen – Sicht und beeinflussen damit direkt Entscheidungen der oberen Ebene. Rom wurde nicht an einem Tag gebaut – und ein Umbau von Rom wird Jahre, vielleicht auch Jahrzehnte in Anspruch nehmen. Ich denke, dieser Prozess kann mit einem Zitat von Winston Churchill beschrieben werden: *„I have nothing to offer but blood, toil, tears and sweat“* – übersetzt: Ich habe nichts anzubieten außer Blut, Schwerarbeit, Tränen und Schweiß.

Unser Bischof hat im Interview mit Markus Hauck sagt, „lieber kleine Schritte als keine“, dieser Aussage schließe ich mich an. Nicht immer glücklich, weil ich mir ein anderes Tempo wünsche, aber ich weiß auch: Das Leben ist kein Wunschkonzert.

Meine Bitte an Sie: Bleiben Sie am Ball, reden Sie mit, versuchen Sie unsere Kirche lebendig zu erhalten und begleiten Sie sie auf dem Weg in eine gute Zukunft.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!